

15. NOV. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/215

Bonn, den 9. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Lohn der Angst ?</u> Die Drohungen mit den neuen "Wunderwaffen"	23
1	<u>Staatsverdrossenheit</u> Zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg	24
2 - 2a	<u>Unterentwickeltes Gesundheitswesen</u> In den Krankenhäusern fehlen Ärzte Von Klaus Rusticus, Hannover	69
3 - 4	<u>Auch Schweden kennt das Gastarbeiter-Problem</u> Invasion einer industriellen Reservearmee aus Südost-Europa Von unseren Korrespondenten R. Hübner, Stockholm	80
<u>DIE GLOSSE</u>		
	Von Alfons Hebmich	
5	<u>Pötsch und die alten Kameraden</u> Vier Monate und was noch ?	41

Lohn der Angst ?

Die Drohungen mit neuen "Wunderwaffen"

sp - Die Sowjets haben jetzt angekündigt, sie könnten mit einer ganz neuen Rakete beliebig lange um die Erde kreisen und das Geschoss zu einem von ihnen bestimmten Zeitpunkt an einen bestimmten Ort "landen" lassen. Überall in der Welt! Sinnigerweise führten die Sowjets ihre neue Rakete anlässlich der 48. Revolutionsfeier in Moskau vor; prominente Kommunisten hielten die entsprechenden Reden. Es ist möglich, dass auch andere Grossmächte über ein ähnliches Zerstörungswerkzeug verfügen, wodurch sich der von den Sowjets durch ihre Ankündigung und Demonstration sicher angestrebte Angstkomplex gegenseitig aufheben würde. Der normale Erdenbürger fragt sich aber, was derartige Drohungen eigentlich sollen. Solange die Menschheit denken kann, haben sich die Mächtigen dieser Erde gegenseitig mit den fürchterlichsten Waffen bedroht. Vor tausenden von Jahren waren es Steinäxte, später Flitzebogen und Katapulte, dann das Schiesspulver, die dicke und noch dickere Berta und schliesslich die Wunderwaffen, auch Raketen genannt. Vorwärtsgekommen ist die Menschheit dadurch nicht. Sie hat sich nur immer tiefer in die Schuld und auch in die Angst verstrickt, um "krachher" heilige Schwüre im Gedenken an die Opfer abzulegen, dass man "nie wieder" übereinander herfallen werde. Aber vielleicht ist jetzt im Verhältnis zu früheren Zeiten doch ein anderer Maßstab anzulegen. Je schrecklicher die Vernichtungswaffen werden, um so grösser wird die Angst. Und vielleicht ist deshalb das immer wieder sichtbar werdende Bemühen um die Erhaltung des Friedens stärker als es jemals war. Es ist dies der Lohn der Angst.

Staatsverdrossenheit

Zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

sp - In vielen Orten Baden-Württembergs sind bei den am Sonntag abgehaltenen Kommunalwahlen fast die Hälfte der Wähler der Wahlurne ferngeblieben. Sie scheuten den Gang, machten von ihrer Stimme keinen Gebrauch. Auf diese geradezu demonstrative Weise bekundeten sie ihre Uninteressiertheit an der Besetzung der neuen Kommunalparlamente; es ist ihnen gleichgültig, wie ihre Gemeinde verwaltet und regiert wird, obwohl ihr Leben als Bürger von kommunalpolitischen Entscheidungen in einem nicht unbeträchtlichen Maße beeinflusst wird. In Baden-Württemberg spricht man von einem Fiasko. Worauf ist es zurückzuführen? Gewiss haben die unerfreulichen Vorgänge bei der Regierungsbildung in Bonn auch eine Rolle gespielt. Der Bürger sieht sich enttäuscht und betrogen. Sein Vertrauen wurde missbraucht und sein Glaube an die Redlichkeit schwer erschüttert. So etwas bleibt nicht ohne Rückwirkungen. Es fördert die Staatsverdrossenheit und die Abstinenz von der verantwortlichen Mitgestaltung des öffentlichen Lebens - dort, wo es um die Belange des Bürgers geht. Auch den vielen öffentlichen Hinweisen vor den Wahlen, den Kommunalwahlen in diesem Bundesland käme überhaupt keine oder nur geringe politische Bedeutung zu, mögen die Abneigung des Wählers gefördert haben. So blieb die Hälfte der Wähler - in vielen Fällen sogar mehr als die Hälfte - zu Hause. Demokratische Gemeinwesen brauchen die lebendige Mitarbeit ihrer Bürger als ständigen Antrieb. Wo Gleichgültigkeit Platz greift, tritt auch leicht Erstarrung ein. Die Selbstverwaltung kam einst nicht vom Himmel, sie musste erkämpft werden. Hat der Gedanke der Selbstverwaltung seine frühere Anziehungskraft verloren?

Unterentwickeltes Gesundheitswesen

In den Krankenhäusern fehlen Ärzte

Von Klaus Rusticus, Hannover

Die kürzlich stattgefundene Konferenz der für das Gesundheitswesen verantwortlichen Minister und Senatoren der Länder und Stadtstaaten in Hameln hat wieder einmal auf den großen Ärztemangel im öffentlichen Gesundheitsdienst hingewiesen. Wie konnte es überhaupt zu dem großen Fehlbedarf im Gesundheitswesen kommen?

Von Jahr zu Jahr wurde der Bedarf größer

Zunächst nahmen nach 1945 nur wenige Abiturienten das Medizinstudium auf. Die Folge war schon bald ein Mangel an Nachwuchsärzten für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Besonders in den letzten Jahren ist der Mangel an Nachwuchs immer spürbarer geworden.

Die Entwicklung wurde im Jahre 1953 durch Verdoppelung der Medizinalassistentenzeit auf zwei Jahre nach Änderung der Bestallungsordnung negativ beeinflusst. Zum anderen verließen viele Assistenzärzte den öffentlichen Krankenhausdienst und machten eigene Praxen auf als das Bundesverfassungsgericht 1959 eine Begrenzung der Zulassung zur Kassenärzterpraxis für unzulässig erklärte.

Amtsärzte sind überaltert

Einige tausend Assistenzärzte fehlen heute in westdeutschen Krankenhäusern. Deutsche Ärzte gibt es für diese Stellen nicht. Das Beispiel des Landes Niedersachsen mag symptomatisch zu werten sein:

- * Über 300 Ärzte aus vierzig Nationen sind heute in den niedersächsischen Krankenhäusern tätig. Sie kommen zu über 50 Prozent aus der Türkei und anderen Staaten des Nahen Ostens. Wenn auch gegen den Einsatz eines gut ausgebildeten ausländischen Arztes nichts einzuwenden ist, so muß diese hohe Zahl allein schon deshalb bedenklich stimmen, weil sich die Ausländer selbst überwiegend nur als Gäste betrachten.
- * Von nahezu 200 Medizinalbeamtstellen in Niedersachsen sind 22 Prozent unbesetzt. Etwa zwei Drittel der Amtsärzte in dem Bundesland sind über 50 Jahre alt.

Die Gesundheitsvorsorge der öffentlichen Hand

Die vielfältigen medizinischen Kontrollfunktionen der Länder und Gemeinden gehören in das wichtige Gebiet der Gesundheitsvorsorge. Als

Beispiele sollen nur die Schuluntersuchungen oder die jugendzahnärztliche Betreuung genannt werden.

Hier treten bereits ernsthafte Schwierigkeiten auf, die von mancher Gemeinde sowohl wegen Personalmangels als auch wegen unzureichender Dotierungsmöglichkeiten nicht gemeistert werden konnten. Der Personaletat ist überhaupt die weitere hemmende Kehrseite der Medaille. Kommunalaushalte können es sich notfalls noch leisten, das Personal für das Gesundheitswesen einzustellen, das zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten unbedingt benötigt wird. Der beamtete Arzt wird dabei aber oftmals in einen Gewissenskonflikt gedrängt.

Was er vom Standpunkt des Arztes aus für richtig hält, das kann er noch lange nicht immer angesichts leerer Stadtkassen verwirklichen. Um nur ein verhältnismäßig kleines Beispiel der öffentlichen Gesundheitsvorsorge anzuführen:

- * In einer niedersächsischen Großstadt entwickelt ein beamteter
- * Zahnarzt ein geradezu international mustergültiges System der
- * jugendzahnärztlichen Betreuung. Jahrelang nahm er zweimal im
- * Jahr bei ca 22 000 Kindern vom Kindergarten- bis zum Berufsschulalter eine Vor- und eine Nachuntersuchung vor. Sein feststehendes Soll war also, 44 000-mal in den Mund eines Kindes oder eines Jugendlichen zu schauen. Das aber war auf die Dauer zuviel. Weil die Stadt kein Geld hat, einen zweiten Zahnarzt einzustellen, verzichtete nunmehr der Jugendzahnarzt auf die Konsultation der Berufsschulpflichtigen, damit wenigstens die Vor- und Nachuntersuchung der anderen Kinder gesichert ist.

Zwischen gesetzlicher Pflicht und medizinischer Praxis

Eine internationale Expertenkommission der Weltgesundheitsbehörde wies kürzlich auf die Verpflichtung hin, der gefährlichen Zahnkaries wirksam zu begegnen. Bei ihrer Bekämpfung haben auch andere westdeutsche Städte schon gute Erfolge erzielt. Ein Erfolg ist aber nur bei zweimaliger Zahnuntersuchung im Rahmen des jugendzahnärztlichen Dienstes der Kommunen zu gewährleisten. Gesetzlich ist nur eine Jahresuntersuchung Pflicht.

Es ist ein verhältnismäßig kleines Teilgebiet der öffentlichen Gesundheitsvorsorge, aber ein nicht weniger wichtiges wie andere Aufgaben. Sie unter den gegenwärtigen Voraussetzungen im Sinne einer vorsorgenden Volksgesundheit zu erfüllen, erscheint auch unter den materiellen Gegebenheiten für Nachwuchsärzte als unmöglich. Hier müßte sich der Bund zentral verpflichtet fühlen, finanziell Ländern und Gemeinden zu helfen.

Auch Schweden kennt das Gastarbeiter-Problem

Invasion einer industriellen Reservearmee aus Südost-Europa

Von unserem Korrespondenten R. Hübner, Stockholm

In den letzten Monaten sind Tausende von Griechen und Jugoslawen nach Schweden gekommen. Sie haben vom schwedischen Wohlstand gehört und vom chronischen Mangel an Arbeitskräften. Sie suchen nun im rauhen Nordeuropa, was ihnen in der Heimat versagt ist: eine gut bezahlte Arbeit. Viele haben sich durch die schwedischen Konsulate Arbeitsplätze und Arbeitsbewilligungen im voraus beschafft. Die meisten kommen aber als Touristen ohne Rückreisebillet und überschwemmen die Arbeitsämter Süd- und Mittelschwedens. Sie haben keine Wohnungen, kein Geld; sie können nicht sofort in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden und fallen der Sozialhilfe der Gemeinden zur Last. Man versucht, so viele wie möglich zunächst in Sommerpensionen, Schulen und anderen Behelfsunterkünften notdürftig unterzubringen. Aber die Möglichkeiten sind bald erschöpft und der schwedische Spätherbst stellt die Einwanderer vor Probleme, die ihnen daheim fremd waren. In einer nach Malmö einberufenen Blitzkonferenz wurden die Provinz-Arbeitsämter ermächtigt, den arbeitssuchenden Einwanderer mit Verpflegung, Wohnraum und Geld über die ersten Schwierigkeiten hinwegzuhelfen und die Formalitäten der Arbeitsbewilligung auf ein Minimum einzuschränken.

Fünf Prozent aller Arbeiter sind Ausländer

In Schweden gibt es - wie in der Bundesrepublik - schon jetzt in vielen Betrieben einen starken Prozentsatz ausländischer Arbeiter. Die Statistik besagt, daß etwa fünf Prozent aller Arbeitskräfte in Schweden gegenwärtig Ausländer sind. Das Hauptkontingent stellen traditionsgemäß die Finnen. Unter den Nicht-Skandinaviern sind die Deutschen die stärkste Gruppe. Es gibt kaum eine europäische Nation, die auf dem schwedischen Arbeitsmarkt nicht vertreten wäre. In letzter Zeit wächst auch die Zahl der außereuropäischen Arbeitskräfte; z.B. Tunesier, Ägypter, koreanische Krankenschwestern.

Im allgemeinen gute Erfahrungen

Die schwedische Wirtschaft hat mit Ausländern im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht. Den Sprachschwierigkeiten versucht die Arbeitsmarkt-Behörde in Zusammenarbeit mit den Schulbehörden, dem ABF (Arbeitsbildungsverband) und mit einzelnen Unternehmen durch Sprachkurse abzuwehren. In lokalen Rundfunk der Provinz Smaland gab es Sendungen in griechischer Sprache. Früher eingewanderte Landsleute der Neuankömmlinge sind häufig Dolmetscher und Arbeitsleiter. Die Unterbringung ist oft unzureichend. Die Einwanderer finden zwar die Behelfswohnungen - gemessen an den Verhältnissen, aus welchen sie kommen - zunächst sehr gut; das schwedische Klima

und der Vergleich mit dem üblichen schwedischen Wohnstandard führt jedoch oft zu Unzufriedenheit. Aber die Einwanderer legen Spargroschen an, haben erstaunlich bald ihr eigenes Auto und ermuntern die zuhause gebliebenen Freunde und Verwandten nach Schweden zu kommen.

Die Haltung der Gewerkschaften

Die schwedischen Gewerkschaften haben im Prinzip eine positive Einstellung zur Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte; sie sorgen dafür, daß die Einwanderer nach den gleichen Grundsätzen entlohrt werden wie die Schweden. Die Gewerkschaften haben aber verlangt, daß die unregelmäßige Einwanderung unterbunden wird und daß Arbeitsbewilligungen nur im Einvernehmen mit ihnen erteilt werden.

Die Gewerkschaften vertreten die Auffassung, daß in einer expandierenden Wirtschaft mit ständigem Mangel an Arbeitskräften für jene Unternehmen kein Platz ist, die so schlecht arbeiten, daß sie bei Entlohnung ihrer Belegschaft der allgemeinen Entwicklung nicht folgen können. Wo immer es möglich ist, verlassen die schwedischen Arbeiter derartige Betriebe und finden leicht besser bezahlte Arbeitsplätze. Solche Unternehmen wären bald zur Liquidation gezwungen, wenn es ihnen nicht gelänge ausländische Arbeiter anzuwerben, die die niedrigen Tariflöhne dieser Betriebe im Vergleich zu ihren früheren Einkünften noch immer sehr hoch finden. Die Gewerkschaften wollen diese Entwicklung verhindern.

Widersprüche

Groteskerweise hat Schweden selbst eine ansehnliche Arbeitskraft-Reserve, vor allem in Norrland, wo besonders im Winter die Arbeitsmöglichkeiten nicht ausreichen. Man rechnet dort im kommenden Winter mit 10 000 Arbeitslosen. Etwa 4 000 von ihnen werden voraussichtlich in den von der Arbeitsmarkt-Behörde vorbereiteten Bereitschaftsarbeiten eingesetzt, ca. 2 000 sollen umgeschult werden; die übrigen werden ohne Beschäftigung sein. Sie haben von den großzügigen Umschulungs- und Umsiedlungsmöglichkeiten, welche ihnen die Arbeitsmarkt-Behörde angeboten hat, bisher keinen Gebrauch gemacht.

Auch in Zukunft braucht Schweden Gastarbeiter

Die langfristigen Prognosen lassen keinen Zweifel darüber, daß Schweden in den kommenden Jahren trotz der sehr umfassenden Struktur-Rationalisierung einen spürbaren Mangel an Arbeitskräften haben wird. Man versucht, Hausfrauen und invalidisierte Arbeiter ins Wirtschaftsleben zurückzuführen. Es wird aber trotzdem auch in Zukunft notwendig sein, Arbeitskräfte im Auslande zu rekrutieren. Eine geregelte, aber möglichst von bürokratischen Verzögerungen befreite Einwanderung wäre zweifellos im Interesse aller Beteiligten. Das Reichsamt für Arbeitsmarktwesen wird in den nächsten Tagen dieses Problem behandeln.

DIE GLOSSE

Von Alfons Hebrich

Pätsch und die alten Kameraden

Vier Monate und was noch ?

Wenn es nach mir ginge - es geht aber nicht nach mir - hätte man dem ehemaligen Angestellten im Bundesamt für Verfassungsschutz, Werner P ä t s c h, nicht nur vier Monate Gefängnis aufbrummen, sondern ihm auch das Bundesverdienstkreuz verleihen sollen.

Der Mann hat geplaudert, dafür hat er die vier Monate bekommen. Mit Ach und Krach übrigens, denn so schön ist ja die Urteilsbegründung auch nicht. Aber Pätsch hat noch etwas anderes getan und dafür sollte man ihn loben.

Durch seine Plauderei ist gerichtsnotorisch und aktenkundig geworden, dass unsere bundesrepublikanische Verfassung seit Jahren von alten SS- und Gestapo-Leuten geschützt wurde. Gemunkelt hat man darüber in den einschlägigen Kreisen zwar schon immer. Aber da man höheren Orts die Fachleute schätzte und sich auf ihre im Dritten Reich erworbenen "Fähigkeiten und Verdienste" berief, wurden Andeutungen dieser Art immer unter den Tisch gebügelt. Sogar von Leuten, die ganz genau wissen, dass die erste deutsche Demokratie auch von "Fachleuten" sabotiert, unterminiert wurde und schliesslich - wie sollte es anders sein? - den Gnadenstoss erhielt. Von Leuten, denen der demokratische Staat einfach nicht zusagte, die im Kaiserreich ihre Kenntnisse erworben und ihre Fähigkeiten entwickelt hatten und denen es schon vor 1933 schnuppte war, dass sie einen Eid auf die Verfassung geschworen hatten.

Werner Pätsch hat über diese und ähnliche Geschichten geplaudert. Er ist jetzt 39 Jahre alt, war also zur Zeit des Zusammenbruchs des Dritten Reiches gerade 19 Jahre alt. Nach allem, was man von ihm weiss, darf man glauben, dass er sich in einem Gewissenskonflikt befindet, bevor er die Flucht in die Öffentlichkeit antrat und über seine Beobachtungen im Amt aussagte.

Das ist bezeichnend für die Situation in der Bundesrepublik. Da muss also erst ein verhältnismässig junger Mann kommen, um den obersten Verfassungsschützern begreiflich zu machen, dass es wohl nicht mit rechten Dingen zugeht, wenn die Verfassung von ehemaligen SS- und Gestapo-Leuten geschützt werden soll. Die alten Kameraden haben das zwar alle gewusst, gelegentlich haben sie auch hinter vorgehaltener Hand einmal darüber geredet, aber der Kragen ist ihnen n i c h t geplatzt.

Jetzt dürfte wohl frischer Wind in den Mief kommen, der lange Zeit über dem Verfassungsschutz lag. Ein Plus für den jungen Beamten Pätsch und für andere Beamte seiner Generation, von denen wir sehr genau wissen, dass sie aufatmeten, als endlich mal einer offen aussprach, was ihnen schon lange auf der Zunge lag.